

MUSTERVERTRAG
Schulbuslinie zur SVE der Rupert-Egenberger-Schule
Los 2

Morgen- und Mittagsfahrten von beeinträchtigten Schülern/-innen
aus Ismaning zur SVE der Rupert-Egenberger-Schule in Ismaning

zwischen

dem Landkreis München

vertreten durch Herrn Landrat Christoph Göbel

im folgenden Auftraggeber genannt

und

Firma

(Name der beauftragten Firma wird eingesetzt)

im folgenden Auftragnehmer genannt

wird folgender Vertrag geschlossen:

Präambel:

Der Auftragnehmer befördert die Schüler/-innen von den Wohnadressen der Schüler/-innen aus Ismaning von und zur SVE der Rupert-Egenberger-Schule (Morgen- und Mittagsfahrten). Dort genießen die Schüler/-innen schulvorbereitende Maßnahmen der SVE.

Der zu befördernde Personenkreis beinhaltet:

- Schülerinnen und Schüler mit Beeinträchtigungen,
- eine Begleitperson, welche vom Auftragnehmer zu stellen ist und
- eventuell notwendiges Personal als Schulbusbegleiter/-innen, welches von Dritten (z.B. Krankenkassen oder Bezirk) gestellt wird.

1. Beförderung

1.1 Schüler

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, beeinträchtigte Schüler/-innen nach dem konkreten Tourenplan zu befördern, der gemäß den Angaben des Auftraggebers vom Auftragnehmer selbst erstellt wird. Vorgaben zum konkreten Tourenplan sind in Punkt 2 der Leistungsbeschreibung nachzulesen.

1.2 Tourenplan

Der Vertrag umfasst die Schülerbeförderung für eine Morgenfahrt und eine Mittagsfahrt an jedem Schultag mit einem Kleinbus von ca. 7 lern- oder sprachbeeinträchtigten Schülern/-innen aus Ismaning zur SVE der Rupert-Egenberger-Schule in 85737 Ismaning, Bahnhofplatz 3 und zurück.

Bei der Morgenfahrt zu Schulbeginn dürfen die Schüler/-innen nicht vor 07:50 Uhr aus dem Bus aussteigen. Das Lehrpersonal holt die Schüler/-innen grundsätzlich vom Bus ab. Täglich fährt der

Auftragnehmer Morgenfahrten je nach Stundenplanangabe der Schule, so dass die Schüler/-innen pünktlich um 08:00 Uhr am Unterricht teilnehmen können. Die Rückfahrt erfolgt nach Maßgabe des dann gültigen Stundenplans. Die Abfahrtszeit erfolgt voraussichtlich um 12:00 Uhr. Zu welchen Uhrzeiten an welchen Schultagen die Rückfahrt erfolgt, wird dem Auftragnehmer spätestens am ersten Schultag per Mail mitgeteilt.

Zu Vertragsbeginn wird mit einer Schülerzahl von ca. 7 Schülern und Schülerinnen gerechnet. Die Schülerzahl ist jedoch im Laufe des Vertragszeitraums variabel und kann sich ändern.

Regelmäßige Umplanungen der Touren sind erforderlich. Zum neuen Schuljahr aber auch während des laufenden Schuljahres ist mit Zu- und Abgängen, Umzügen, sowie mit einer Änderung der jeweiligen Unterrichtszeiten der Schüler/-innen zu rechnen.

1.3 Streckenführung

Die gesamte Fahrtstrecke für die Tagespauschale beträgt ca. 16 km (1 Besetzfahrt = besetzt/pro Tag - ohne Leerfahrten = Besetzt-km).

Die vereinbarte Streckenführung ist einzuhalten. Abweichungen sind nur zulässig, wenn die Einhaltung aus verkehrstechnischen Gründen nicht möglich ist. Keinesfalls darf von den Haltestellen morgens früher als vereinbart losgefahren werden.

Notwendige Änderungen der Streckenführung aufgrund von Baustellen oder ähnlichem und dadurch resultierende abweichende Abfahrtszeiten und/oder Haltestellen, sowie die Namen der neu eingesetzten Fahrer/-innen und/oder Begleitpersonen sind dem Auftraggeber unverzüglich in Textform mitzuteilen, so dass dieser die Informationen noch rechtzeitig an die Erziehungsberechtigten der betroffenen Schüler/-innen übermitteln kann. Hierzu ist dem Auftraggeber jeweils unverzüglich ein aktueller Tourenplan inklusive der aktuellen Streckenführung vorzulegen und dementsprechend abzufahren.

Die neue Streckenführung (z.B. Anfahrt von weiteren oder anderen Haltestellen, Umwege) wird dann mittels abgeändertem Tourenplan vom Auftragnehmer festgehalten. Vorgaben zur Aktualisierung des konkreten Tourenplans sind in Punkt 3.4. der Leistungsbeschreibung näher beschrieben.

Die Haltestellen sind stets in der Nähe der betreffenden Schüler/-innen einzurichten (unter 2 km einfachen Fußweg zwischen Haltestelle und Wohnung). Sollten einzelne Schüler/-innen nach dem Unterricht eine Einrichtung (z.B. Hort, Kindertagesstätte) besuchen, die auf dem Weg des Tourenplans liegen bzw. innerhalb eines vertretbaren Umweges (Puffer von 10km pro Tag), so ist diese im Rahmen der Zeitvorgabe (in der Regel 60 min Fahrzeit für die einfache Rückfahrt zu den Wohnort-Haltestellen) anzufahren.

1.4 Fahrtzeit und Auswahl der Fahrzeuge

Zur Beförderung ist ein Kraftfahrzeug einzusetzen.

Die Fahrtzeit der jeweils einfachen Fahrtstrecke für die Schüler/-innen darf 60 Minuten in der Regel nicht überschreiten.

Der Auftragnehmer hat bei seiner Tourenplanung die Auswahl und Anzahl seiner Kraftfahrzeuge so zu treffen, dass die regelmäßigen und angemessenen Beförderungszeiten sowie die Höchstbeförderungszeiten eingehalten werden können und die tägliche Erfüllung der Schulpflicht für alle zu befördernden Schüler/-innen gewährleistet ist.

Zu Beginn des Schuljahres ist dem Auftragnehmer ein Tourenplan vorzulegen, der die gewählte Streckenführung inklusive aktuell bestehender Baustellen und damit verbundener Umwege berücksichtigt.

1.5 spätere Änderungen

Vom Auftraggeber gewünschte spätere Änderungen (Nr. 1.2 und 1.3) hat der Auftragnehmer zu entsprechen, sofern ihm dies zumutbar ist. Es gilt eine Streckenführung als zumutbar, die auf das gesamte Schuljahr gesehen nicht die 16 km pro Tag überschreitet.

1.6 Änderungen im Schulbetrieb

Der Auftragnehmer ist von seinen Rechten und Pflichten für diesen Tag der Schülerbeförderung befreit, wenn:

Änderungen im Schulbetrieb (z.B. schulfreie Tage, Änderung der Unterrichtsschlusszeit, Unterrichtsausfall bei ungünstigen Witterungsbedingungen etc.) dem Auftragnehmer vom Auftraggeber **oder einer zuständiger Behörde** spätestens bis 17:00 Uhr des vorhergehenden **Kalendertages** per Mail bekannt gegeben werden.

1.7 Grundpflichten

Kommt der Auftragnehmer den Grundpflichten nicht nach, so ist der Auftraggeber unabhängig von einem etwaigen außerordentlichen Kündigungsgrund (Nr.12.1) berechtigt, die Beförderung der Schüler/-innen auf Kosten des Auftragnehmers durch einen Dritten durchführen zu lassen.

Der Auftragnehmer hat die Beförderung sofort einzustellen, sobald er die Grundpflichten verletzt. Die Berechtigung der Vergütung entfällt ebenfalls sofort mit Einstellung der Beförderung.

Diese Beförderung auf Kosten des Auftragnehmers erfolgt solange, bis dieser seinen Grundpflichten wieder nachkommt.

Den Grundpflichten kommt der Auftragnehmer in folgenden Fällen nicht nach:

- bei Beförderung der Schüler/-innen mit straßenverkehrskonformen, sowie nicht betriebs- und verkehrssicheren Kraftfahrzeugen entgegen der Verpflichtung nach Punkt 4.1 sowie 4.2 der Leistungsbeschreibung,
- bei Ausfall der eingesetzten Kraftfahrzeuge von mehr als 30 Minuten, sowie
- bei Einsatz von ungeeignetem Fahr- und Begleitpersonal (z.B. bei Einsatz von Fahrpersonal ohne Führerschein, verkehrsuntüchtiges Fahrpersonal, Fahr- oder Begleitpersonal mit Einträgen im erweiterten Führungszeugnis, nicht eingewiesenes Fahr- oder Begleitpersonal),
- bei gesundheitlicher Gefährdung der Schüler/-innen, sowie
- bei Straftaten des Fahr- und Begleitpersonals gegenüber den Schülern/-innen.

1.8 zu befördernde Schüler

Zu befördern sind ausschließlich die Schüler/-innen, die der Landkreis München zur Beförderung vorgibt. Sie erfolgt wie in der Leistungsbeschreibung Nr. 3.1 beschrieben durch die Bekanntgabe (Übersendung der Schülerlisten) an den Unternehmer.

1.9 Wegfall der Geschäftsgrundlage

Sinkt die Schülerzahl auf 0, entfallen jeweils für Auftragnehmer und Auftraggeber alle Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag.

2. Nichtvertragsgemäße Erfüllung

Um die Einhaltung der Verpflichtungen, die nach der Leistungsbeschreibung vereinbart sind, zu sichern, kann der Auftraggeber bei einer vom Auftragnehmer oder seines Subunternehmers zu tretenden Verletzung dieser Pflichten die Beförderung durch ihn oder durch seinen Subunternehmer

unverzüglich, ohne vorherige Aufforderung ablehnen und die Schülerinnen und Schüler auf Kosten des Auftragnehmers anderweitig befördern lassen.

3. Ausführung durch Subunternehmer

3.1 Zustimmung

Der Einsatz von Subunternehmern – soweit nicht schon im Angebotsschreiben benannt – ist nur bei vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers gestattet. Der Auftragnehmer hat die Eignung des Subunternehmers für diese Vergabe zu prüfen und ggf. auf Anforderung gegenüber dem Auftraggeber nachzuweisen.

3.2 Übertragung

Sofern der Auftragnehmer die Ausführung des Vertrags ganz oder teilweise Subunternehmern überträgt, hat er deren Einsatz und Leistungserbringung selbständig und eigenverantwortlich zu koordinieren. Der Auftragnehmer wird Subunternehmer selbständig und eigenverantwortlich ordnungsgemäß überwachen und deren Leistungserbringung ordnungsgemäß kontrollieren.

3.3 Auswahl

Bei der Auswahl der Subunternehmer wird der Auftragnehmer mittelständische Interessen berücksichtigen. Der Auftragnehmer wird sich daher bemühen, Unteraufträge an kleine und mittlere Unternehmen zu erteilen, wie er dies mit seiner vertragsgemäßen Leistung vereinbaren kann. Dieses Bemühen ist dem Auftraggeber auf Verlangen nachzuweisen.

3.4 Bedingungen

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, mit dem Subunternehmer – insbesondere hinsichtlich Sach- und Rechtsmängelhaftung, Vertragsstrafe, Zahlungsweise und Sicherheitsleistungen – keine für den Auftraggeber ungünstigeren Bedingungen als nach dem vorliegenden Vertragsverhältnis zu vereinbaren zum Vertragsbestandteil zu machen. Die Beachtung dieser Verpflichtungen ist dem Auftraggeber auf Verlangen nachzuweisen.

4. Gewerbliche Schutzrechte, Rechtseinräumung

4.1 Urheberrecht

Dem Auftraggeber stehen die gesetzlichen Urheberrechte zu. Der Auftraggeber wird dem Auftragnehmer die für die Vertragsdurchführung erforderlichen einfachen Nutzungsrechte in der vertraglich vereinbarten Form für die Laufzeit des Vertrags einräumen.

4.2 Nutzungsrecht

Soweit im Zusammenhang mit der Leistungserbringung gewerbliche Schutzrechte oder Urheberrechte des Auftragnehmers entstehen, räumt dieser dem Auftraggeber daran die ausschließlichen, inhaltlich, zeitlich und räumlich unbeschränkten urheberrechtlichen und sonstigen Nutzungsrechte ein. Der Auftraggeber ist zur umfassenden körperlichen und unkörperlichen Verwertung der Leistung für alle beliebigen Zwecke und in allen denkbaren, derzeit bekannten und unbekannten Nutzungsarten berechtigt, insbesondere zur unbegrenzten Vervielfältigung und Verbreitung sowie zur Bearbeitung und Umgestaltung.

4.3 Schutzrecht

Die Anmeldung von Schutzrechten an etwaigen Bild- und Wortmarken bleibt dem Auftraggeber vorbehalten, insbesondere die Anmeldung beim Deutschen Patent- und Markenamt. Der Auftragnehmer hat alles zu unterlassen, was einem solchen Schutz hinderlich sein könnte.

5. Vertraulichkeitszusage

5.1 Geheimhaltung

Der Auftragnehmer hat alle ihm bei der Durchführung des Vertrags bekannt gewordenen Tatsachen, Angaben, Umstände und Ergebnisse (insbesondere Schülerdaten) Dritten gegenüber geheim zu halten, soweit ihn der Auftraggeber nicht in schriftlicher Form hiervon entbindet. Dies gilt auch für die Zeit nach Beendigung des Vertragsverhältnisses.

5.2 Haftung

Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass alle mit der Durchführung des Vertrags befassten Personen an die Einhaltung der in diesem Vertrag geregelten Vorschriften, ins besonders unter Punkt 1. Beförderung, gebunden sind. Für Verletzungen der Vorschriften haftet der Auftragnehmer gegenüber dem Auftraggeber.

6. Datenschutz

6.1 Datenverarbeitung

Betrifft der Auftrag die Erhebung, Verarbeitung oder Nutzung personenbezogener Daten für den Auftraggeber, so gilt mit Auftragserteilung eine Vereinbarung über die Datenverarbeitung im Auftrag zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer als abgeschlossen, deren Inhalt sich nach den Nummern 5.2 bis 5.13 richtet.

6.2 Verantwortlichkeit

Der Auftraggeber bleibt für die Einhaltung der datenschutzrechtlichen Vorschriften verantwortlich. Er wird dabei vom Auftragnehmer auf Verlangen unterstützt.

6.3 Verfügungsbefugnis

Der Auftraggeber bleibt hinsichtlich der Verfügungsbefugnis und des Eigentums an sämtlichen Daten Alleinberechtigter, so dass der Auftraggeber die Herausgabe einzelner oder sämtlicher Daten jederzeit verlangen kann. Für diesen Fall steht dem Auftragnehmer kein Zurückbehaltungsrecht zu. Ob und inwieweit Dritte auf Daten zugreifen, bleibt allein in der Disposition des Auftraggebers.

6.4 Weisungsbefugnis

Der Auftraggeber ist hinsichtlich der Daten stets und umfassend weisungsbefugt und kann die Einhaltung durch den Auftragnehmer jederzeit überprüfen.

6.5 Vertraulichkeit

Der Auftraggeber ist verpflichtet, alle im Rahmen des Vertragsverhältnisses erlangten Kenntnisse von Geschäftsgeheimnissen und Datensicherheitsmaßnahmen des Auftragnehmers vertraulich zu behandeln.

6.6 Einhaltung

Der Auftragnehmer gewährleistet die Einhaltung datenschutzrechtlicher Vorschriften. Der Auftragnehmer muss dem Auftraggeber auf dessen Wunsch hin die Kontrolle der Einhaltung der datenschutzrechtlichen Vorgaben ermöglichen.

6.7 Geheimhaltung

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die im Rahmen der Auftragsdatenvereinbarung bekannt gewordenen personenbezogenen Daten des Auftraggebers im Sinne der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO), des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) und des Bayerischen Datenschutzgesetzes (BayDSG) geheim zu halten.

6.8 Sicherstellung

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die nach den IT-Grundschutzkatalogen des BSI erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen zur Sicherstellung des Datenschutzes zu ergreifen und aufrechtzuerhalten sowie dem Auftraggeber auf Verlangen nachzuweisen. Der Auftraggeber kann diesbezüglich besondere Vorgaben machen.

6.9 Unterauftragsverhältnisse

Eine Berechtigung zum Abschluss von Unterauftragsverhältnissen besteht nur, soweit dies ausdrücklich in der Leistungsbeschreibung oder den Vergabeunterlagen vorgesehen ist.

6.10 Verwendung und Nutzung

Die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung von personenbezogenen Daten im Sinne der DSGVO, des BDSG und BayDSG für den Auftraggeber, darf seitens des Auftragnehmers ausschließlich zum Zweck der Erfüllung des Vertrages erfolgen. Eine weitergehende Verwendung oder Nutzung ist nicht gestattet, insbesondere ist eine Weitergabe an Dritte ohne Zustimmung des Auftraggebers nicht gestattet.

6.11 Unterrichtung

Der Auftragnehmer unterrichtet den Auftraggeber unverzüglich, wenn eine vom Auftraggeber erteilte Weisung seiner Meinung nach gegen gesetzliche Vorgaben verstößt.

6.12 Beendigung des Vertragsverhältnisses

Bei Beendigung des Vertragsverhältnisses, gleich aus welchem Grund, ist der Auftragnehmer nicht weiter berechtigt, die Daten zu verarbeiten und zu nutzen. Er wird sie unaufgefordert in einer mit aktuell marktüblichen Programmen lesbaren elektronischen Form dem Auftraggeber oder einem von ihm benannten Dritten herausgeben. Der Auftragnehmer wird die Daten auf seinem System löschen, es sei denn, eine Speicherung ist zur Erfüllung gesetzlicher oder vertraglicher Verpflichtungen erforderlich.

6.13 nicht personenbezogene Daten

Für nicht personenbezogene Daten gelten die Nummern 5.3, 5.4, 5.8, 5.10 - 5.12 entsprechend.

7. Kraftfahrzeuge

7.1 Anforderungskatalog

Die Kraftfahrzeuge (Nr. 1.4 des Vertrags) müssen stets den Regelungen des beiliegenden Anforderungskatalogs für Kraftomnibusse und Kleinbusse mit Merkblatt, die zur Schülerbeförderung besonders eingesetzt werden, entsprechen (Anlage zu diesem Vertrag).

7.2 Rückhaltesysteme

Zudem müssen die Kraftfahrzeuge (Nr. 1.4 des Vertrags) mit geeigneten Rückhaltesystemen gemäß § 21 StVO ausgestattet sein.

Für Kinder bis zum vollendeten 12. Lebensjahr, die kleiner als 150 cm sind, sind unabhängig von § 21 StVO Rückhalteeinrichtungen für Kinder bereitzustellen.

Für die Beförderung werden nur solche Kraftfahrzeuge eingesetzt, die sicherstellen, dass alle Schüler sitzen (nicht auf Notsitzen). Ausnahmen sind nur mit vorheriger Zustimmung des Auftraggebers zulässig.

7.3 TÜV

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Kraftfahrzeuge stets in einem sauberen, betriebs- und verkehrssicheren Zustand einzusetzen und er hat sicherzustellen, dass die eingesetzten Kraftfahrzeuge innerhalb der vorgeschriebenen Fristen einer anerkannten Überwachungsorganisation zur Hauptuntersuchung bzw. Sicherheitsprüfung vorgeführt werden. Etwaige Mängel sind jeweils unverzüglich abzustellen.

8. Fahrpersonal und Begleitpersonal

8.1 Fahrerlaubnisse

Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass die Fahrer/-innen über die jeweils erforderliche Fahrerlaubnis (Führerschein) für die entsprechende Kraftfahrzeugklasse verfügen.

8.2 Ausscheiden und Ersatz von Fahr- und Begleitpersonal

Der Auftragnehmer hat für jeden Bus einen Fahrer/eine Fahrerin sowie eine Begleitperson zu stellen sowie im Rahmen der rechtlichen Bestimmungen zu vergüten. Sollte das Fahr- und Begleitpersonal ausfallen, ist stets ein Ersatzpersonal einzusetzen.

Aus wichtigem Grund (Eignung oder Zuverlässigkeit) kann der Auftraggeber vom Auftragnehmer verlangen, dass das Fahrpersonal und Begleitpersonal unverzüglich gegen neues Personal ausgetauscht wird.

Jedes neu eingewechselte Fahrpersonal und jedes neu eingewechselte Begleitpersonal erhält vom Auftragnehmer eine Bestätigung, dass es für den Auftragnehmer als Fahrpersonal bzw. Begleitpersonal für die jeweilige Buslinie eingesetzt ist. Diese Bestätigung hat der Fahrer/die Fahrerin sowie die Begleitperson den Erziehungsberechtigten auf Anforderung der Erziehungsberechtigten zusammen mit dem Personalausweis vorzuzeigen.

Wenn Fahr- oder Begleitpersonal ausscheidet, wird dieses Personal nicht mehr für den Auftrag tätig.

8.3 Erweiterte Führungszeugnisse

Das erweiterte Führungszeugnis des Fahr- und Begleitpersonals darf insbesondere keine Eintragungen über rechtskräftige Verurteilungen wegen einer Straftat nach §§ 171, 174 bis 174c, 176 bis 180a, 181a, 182 bis 184f, 225, 232 bis 233a, 234, 235 oder 236 des Strafgesetzbuches (StGB) enthalten. Das Fahr- und Begleitpersonal mit entsprechenden Einträgen im Führungszeugnis ist sofort auszutauschen nach den Vorgaben der Leistungsbeschreibung in Punkt 5.1.8.

Auch bei anderen wichtigen Gründen erfolgt der Austausch von Fahr- und Begleitpersonal nach Punkt 5.1.8 der Leistungsbeschreibung.

Zudem hat der Auftragnehmer auf Verlangen des Auftraggebers bestimmtes Fahr- sowie Begleitpersonal auszutauschen, wenn Tatsachen vorliegen, die gegen die Eignung und Zuverlässigkeit des Fahr- bzw. Begleitpersonals sprechen.

8.4 Eignung und Zuverlässigkeit

Der Auftragnehmer darf nur zuverlässiges und für die Schülerbeförderung geeignetes Fahr- sowie Begleitpersonal einsetzen.

8.5 Gesundheit des Fahr- und Begleitpersonals

Der Auftragnehmer hat zu gewährleisten, dass das eingesetzte Fahrpersonal sowie Begleitpersonal gesundheitlich einschränkungslos in der Lage ist, den Fahrdienst auszuführen.

Insbesondere darf Fahr- und Begleitpersonal, solange es oder Angehörige ihrer häuslichen Gemeinschaft an einer übertragbaren Krankheit im Sinne des Infektionsschutzgesetzes leidet bzw. leiden, die Tätigkeit nicht ausüben.

8.6 Schulungen des Fahr- und Begleitpersonals

Der Auftragnehmer hat das Fahrpersonal regelmäßig für Schulungen und Informationsveranstaltungen zur Einweisung der technischen Handhabung der Kraftfahrzeuge freizustellen. Auch sind das Fahrpersonal und das Begleitpersonal für Erste-Hilfe-Kurse freizustellen. Es ist dafür zu sorgen, dass das betreffende Personal an den Veranstaltungen teilnimmt.

8.7 Einweisung bezogen auf den Anforderungskatalog

Der Auftragnehmer hat das Fahr- sowie Begleitpersonal in die für ihn relevanten Vertragsbedingungen zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer einzuweisen (z.B. Einweisung bezogen auf den als Anlage diesem Vertrag beigefügten Anforderungskatalog für Kraftomnibusse und Kleinbusse).

8.8 Übergabe an Einrichtungen

Wenn nach dem Unterricht die Schüler/-innen zu einer Einrichtung (z.B. Hort, Kindertagesstätte) gebracht werden, so hat das Fahr- und Begleitpersonal darauf zu achten, dass der/die Schüler/-innen von einer mit der Aufgabe betrauten Person in Empfang genommen wird.

9. Haftung und Versicherung

Der Auftragnehmer ist gegenüber dem Auftraggeber für die einwandfreie Durchführung der Schülerbeförderung allein verantwortlich. Der Auftragnehmer hat daher den Auftraggeber von allen Ansprüchen freizuhalten, die von Fahrgästen oder Dritten aus dem Beförderungsvertrag oder aufgrund des Straßenverkehrsgesetzes oder sonstiger gesetzlicher Bestimmungen erhoben werden, es sei denn, das schadenstiftende Ereignis beruht auf einem Verschulden von Personen, für die der Auftraggeber einzustehen hat. Er ist deshalb verpflichtet, sich, seine Fahrer/innen und die Insassen

nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen zu versichern und diesen Versicherungsschutz durch rechtzeitige Beitragszahlung aufrecht zu erhalten.

Der Auftragnehmer trägt das Risiko aus der Tätigkeit selbst. Dies umfasst die volle Haftung für alle Personen-, Sach- und Vermögensschäden, die ihm oder anderen Personen einschließlich des eigenen Personals aus der Verletzung seiner Pflichten entstehen.

10. Vergütung

10.1 Tagespauschale

Der Auftragnehmer erhält für die ihm nach diesem Vertrag obliegenden Verpflichtungen eine Netto-Tagespauschale von xx € (zuzüglich 7% MwSt.) für jeden Schultag für die Besetzt-Fahrten.

Dabei ist Schultag jeder Tag, an dem der Unterricht stattfindet und der Auftragnehmer die Beförderung durchführt.

Als Besetzt-Fahrten gelten nur diejenigen Fahrten, bei welchen die Schüler/-innen gemäß der hier vorgegebenen vertraglichen Bestimmungen befördert werden (keine Leerfahrten).

Dabei ist die Netto-Tagespauschale der Angebotspreis und umfasst sämtliche für diesen Vertrag zu tätigen bzw. getätigten Auslagen und Nebenkosten des Auftragnehmers, insbesondere die Kosten für Personal, Fahrzeuge, Kraftstoff, Versicherungen etc.

10.2 Bereitstellungskosten

Für den Fall eines unvorhersehbaren Unterrichtsausfalls durch höhere Gewalt (z. B. Covid-19-Pandemie) und in der Folgezeit, in der die Fahrten nicht notwendig waren und nicht durchgeführt wurden, vereinbaren die Vertragsparteien die Bezahlung der Bereitstellungskosten (=Nettovergütung der Fahrtpauschale nach 9.1 dieses Vertrages) abzgl. eines angemessenen Abschlags von 15 % aufgrund ersparter Aufwendungen (85% Regelung) abzüglich der Personalkosten bei Kurzarbeit.

Durch die Anmeldung von Kurzarbeit haben die Unternehmer weitaus weniger Kosten zu tragen, wodurch sie finanziell durch die 85% Regelung besser gestellt werden. Die Vertragsparteien vereinbaren hierzu folgendes Vorgehen:

Die Unternehmen, die Kurzarbeit beantragt haben, teilen dem Auftraggeber mit, wie hoch der prozentuale Anteil der Personalkosten an den kalkulierten Fahrtpauschalen tatsächlich ist. Dieser Prozentsatz ist dann zusätzlich zu den pauschal veranschlagten 15 % (allgemeine Ersparnis für Diesel, Abnutzung, etc.) in Abzug zu bringen.

Beträgt der Personalkostenanteil zum Beispiel 30 % der vereinbarten Vergütung, werden demnach nur noch 55 % ($100\% - 15\% - 30\% = 55\%$) der vereinbarten Vergütung erstattet, bis die jeweilige Beförderung wieder vom Auftraggeber beauftragt wird, weil Präsenzunterricht des Schülers stattfindet. Die Personalkosten werden zu 100% vom Auftraggeber von den 85 % Bereitstellungskosten in Abzug gebracht. Der Abzug des Personalkostenanteils ist nur für Unternehmen mit Kurzarbeit vorgesehen, nicht aber, wenn durch diesen Vertrag beauftragte Mitarbeiter des Auftragnehmers ausschließlich nicht unter die Kurzarbeiterregelung fallen.

10.3 Änderung des Beförderungsentgelts

Erstmalig nach Ablauf des ersten Vertragsjahres ist eine Anhebung bzw. Absenkung des Beförderungsentgelts möglich. Die Höhe des Beförderungsentgelts kann bei Erhöhung bzw. Absinken des Lebenshaltungsindex in Bezug auf den Kraftstoffpreis zu Beginn des jeweiligen Kalenderjahres für das folgende Schuljahr neu vereinbart werden.

Eine Änderung der Kraftstoffpreise ist sowohl nach unten als auch nach oben möglich (Erhöhung oder Senkung), wobei eine Bagatellgrenze von 5% einzuhalten ist. Die prozentuale Erhöhung/Senkung kann nur auf den Anteil der Kraftstoffkosten am Besetzkilometerpreis verlangt werden. Bezugsgröße für die Kraftstoffkosten ist der Verbraucherindex des Statistischen Bundesamtes / Dieselkraftstoff zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe. Änderungen des Kraftstoffpreises werden anhand des Mittels des monatlichen Verbraucherindex des Statistischen Bundesamtes / Dieselkraftstoff“ der vergangenen 12 Monate bewertet, beginnend ab dem 1. Monat des abgelaufenen Vertragsjahres (arithmetisches Mittel). Änderungen des Indexes nach unten ermächtigen den Auftraggeber dazu, die Preise nach gleicher Vorgehensweise zu senken. Die aktuellen Werte des Index sind einzusehen unter <http://www.destatis.de>. Zusätzliche Forderungen, z.B. aufgrund nachträglich gestiegener Personal- und Materialkosten, insbesondere Hygieneartikel, können vom Auftragnehmer nicht geltend gemacht werden.

10.4 Wegfall der Vergütung

Entfällt die Beförderungspflicht nach Nr. 1.7 und wurden dem Auftragnehmer Änderungen im Schulbusbetrieb **vor 17:00 Uhr des vorherigen Kalendertages** bekannt gegeben, entfällt die zu zahlende Vergütung für die Zeit der Ersatzbeförderung nach Nr. 1.7 bzw. der fehlenden Verpflichtung zur Beförderung nach Nr. 1.6.

Wurde die Befreiung von der Schülerbeförderungspflicht erst nach 17:00 Uhr des vorherigen Kalendertages bekannt gegeben, so kann der Auftragnehmer für den 1ten Tag, an dem die Beförderungspflicht entfällt, 50 v. H. der nach Nr. 9.1 zu zahlenden Vergütung verlangen. Dabei ist die Vergütung die Tagespauschale. Eine Vergütung für darauffolgende Tage ohne Beförderungspflicht erfolgt nicht.

10.5 Verspätung

Bei schuldhafter Verspätung um mehr als 20 Minuten behält sich der Auftraggeber vor, die Vergütung der Tagespauschale für den jeweiligen Schultag, an welchem die Verspätung eintrat, um 50 % zu kürzen. Dabei ist die Ankunft an der Schule bzw. Haltestelle maßgeblich. Die schuldhafte Verspätung beinhaltet fahrlässiges sowie vorsätzliches Handeln.

10.6 Konventionalstrafe

Die sich aus dem Vertrag ergebenden jeweiligen Pflichten bzw. Verstöße sind insbesondere:

- die Erstellung des konkreten Tourenplans durch den Auftragnehmer,
- die Fahrt mit einem nicht betriebs- und verkehrssicheren bzw. nicht straßenverkehrskonformen Kraftfahrzeug,
- Verspätete Ankunft des Kraftfahrzeugs an der Haltestelle um mehr als 20 Minuten,
- Fehlende Teilnahmenachweise zu den in der Leistungsbeschreibung geforderten Zeitpunkt an einem Erste-Hilfe-Kurs für jedes Fahrpersonal,
- fehlende Liste mit den Passfotos und Namen des Fahrpersonals zu den in der Leistungsbeschreibung geforderten Fristen (Vertragsbeginn sowie Personalwechsel), sowie
- fehlende Absendung der Aufforderung zur Vorlage der erweiterten Führungszeugnisse, so dass die zu den in der Leistungsbeschreibung geforderten Fristen zur Vorlage der Führungszeugnisse nicht eingehalten werden können.

10.7 Fälligkeit der Vergütung

Die Vergütung wird nach Abschluss der Leistungserbringung ab Monatsende sowie dem Erhalt der Rechnung des Auftragnehmers für die Gesamtfahrten des jeweiligen Monats fällig. Die Zahlung erfolgt jeweils maximal 3 Wochen nach Eingang der Rechnung durch Anweisung auf das von dem Auftragnehmer angegebene Bankkonto.

10.8 Abtretung einer Forderung

Die Abtretung einer Forderung des Auftragnehmers aus dem Vertrag bedarf der schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers.

11. Sonstige Pflichten des Auftragnehmers

Der Auftragnehmer meldet der Schule sowie dem Auftraggeber unverzüglich (ohne schuldhaftes Zögern) grobe Verhaltensverstöße von Schülern/-innen, die sich im Bus befunden haben. Der Auftraggeber behält sich vor, bei groben Verhaltensverstößen des Schülers bzw. der Schülerin, im Einvernehmen mit der Schule, den Schüler bzw. die Schülerin vom Bustransport auf bestimmte Zeit auszuschließen.

Der Busfahrer kann vom Hausrecht nur bei Gefahr in Verzug Gebrauch machen und den Schüler bzw. die Schülerin unter Einschaltung der Polizei von der soeben stattgefundenen Busfahrt ausschließen. Dieser Vorfall ist unverzüglich dem Auftraggeber zu melden.

12. Vertragsdauer

Der Vertrag tritt am 14.09.2021 in Kraft und endet mit Ablauf des letzten Schultages des Schuljahres 2025/26.

13. Kündigungsmöglichkeiten

13.1 vorzeitige Kündigung

Eine vorzeitige Kündigung ist aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Frist zulässig. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere dann vor:

- wenn sich die Schülerzahl auf 2 Schüler/-innen bzw. 1 Schüler/-in reduziert,
- wenn sich herausstellt, dass der Auftragnehmer bei der Abgabe seines Angebotes Falschangaben tätigte,
- wenn ein Vertragspartner grob gegen Bestimmungen dieses Vertrages verstoßen hat (grobe Fahrlässigkeit und Vorsatz),
- wenn bei Fahrlässigkeit trotz einer Abmahnung in Textform (z.B. Mail) keine vertragsgemäße Erfüllung, sondern eine Nichterfüllung oder Schlechterfüllung durch den Auftragnehmer erfolgt (z.B. Pflicht zu sauberen sowie betriebs- und verkehrssicheren Kraftfahrzeugen – Punkt 4.2 der Leistungsbeschreibung, Pflicht ein Ersatzkraftfahrzeug innerhalb von 30 Minuten zu stellen – Punkt 4.3 der Leistungsbeschreibung),
- wenn das Beförderungserfordernis aufgrund schulpolitischer Änderungen, wie insbesondere Zusammenlegung von Schulen, Auflösung von Schulen etc. entfällt und ein Festhalten am Vertrag nicht mehr zumutbar ist.
- wenn der Auftragnehmer in Insolvenz gerät und wenn die Voraussetzungen zur Eröffnung eines Insolvenzverfahrens gegeben sind,
- wenn dem Auftragnehmer die Fortsetzung des Vertragsverhältnisses aus einem in der Person des Auftragnehmers liegenden Grunde unzumutbar wird, insbesondere Verrat von Betriebs- und/oder Geschäftsgeheimnissen oder bei Vorliegen der Tatbestandsvoraussetzungen, die eine Gewerbeuntersagung wegen Unzuverlässigkeit rechtfertigen,
- wenn die Verpflichtungen aus der Mindestlohnklärung nicht eingehalten werden,
- wenn der Auftragnehmer seine Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag einem Dritten ohne Zustimmung des Auftraggebers überträgt, oder
- wenn der Auftragnehmer Subunternehmer ohne vorherige schriftliche Zustimmung durch den Auftraggeber einsetzt.

13.2 Schriftform

Kündigungen gemäß Nr. 13.1 bedürfen der Schriftform.

14. Sonstiges

14.1 Nebenabreden

Mündliche Nebenabreden zu diesem Vertrag sind nicht zulässig und haben keine Gültigkeit.

14.2 Schriftform

Änderungen des Vertrages bedürfen der Schriftform.

14.3 Übertragbarkeit

Rechte und Pflichten des Auftragnehmers aus diesem Vertrag sind nur mit Zustimmung des Auftraggebers übertragbar.

14.4 Vertraulichkeit

Die Vertragsparteien sind verpflichtet, alle im Rahmen des Vertragsverhältnisses erlangten Informationen, die dem Datenschutz unterliegen, vertraulich zu behandeln, insbesondere nicht an Dritte weiterzugeben oder sonst zu verwerten.

14.5 Salvatorische Klausel

Sollten eine oder mehrere Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein oder werden, so bleibt die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen davon unberührt. Die Vertragsparteien verpflichten sich, die unwirksame Bestimmung durch eine andere wirksame zu ersetzen, die dem Zweck der unwirksamen Bestimmung möglichst nahe kommt. Das gleiche gilt für Vertragslücken.

14.6 Rechtswahl

Dieser Vertrag unterliegt dem deutschen Recht.

14.7 Gerichtsstand

Als ausschließlicher Gerichtsstand ist München vereinbart.

14.8 Ausfertigung

Dieser Vertrag wird 2-fach ausgefertigt. Jede Vertragspartei erhält 1 Ausfertigung.

14.9 allgemeine Geschäftsbedingungen

Die allgemeinen Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers finden keine Anwendung.

14.10 Anlagen

Die Anlagen sind Bestandteil dieses Vertrages. Widersprechen die Anlagen dem Vertrag, hat jeweils der vertragliche Inhalt Gültigkeit. Widersprechen sich die Anlagen zueinander, so ist jeweils die Anlage, die in der genannten nun folgenden Reihenfolge zuerst erwähnt wird, gültig.

Anlagen, die Vertragsbestandteil werden:

- die Leistungsbeschreibung mit Anlage 1 und 2,
- der Auftragsverarbeitungsvertrag,
- der Anforderungskatalog für Kraftomnibusse und Kleinbusse mit Merkblatt,
- Angebot des Auftragnehmers,
- Aufforderung zum Angebot

Ort, Datum

Ort, Datum

Auftraggeber
Christoph Göbel
Landrat

Auftragnehmer